AZA 8416 Flaach (Adressänderungen: Postfach 54, 8416 Flaach)

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«Ja zur Schweiz»

Personenfreizügigkeit bringt Altersdiskriminierung

2

Betrachtungen einer älteren Frau

16

Ausflug in die Schweizer Geschichte

18

Palagnedra-Bordei im Centovalli TI
Bild: Hermann Lei, Frauenfeld

www.schweizerzeit.ch | 41. Jahrgang, **Nr. 15**, Freitag, 14. August 2020

Ältere Schweizerinnen und Schweizer sind früher als anderswo betroffen

Personenfreizügigkeit bringt Altersdiskriminierung

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Kurios: Sogar ich muss mich überwinden, im Titel das Wort «Alte» zu gebrauchen. Dieses wunderbare Wort ist in der heutigen Gesellschaft, auch in der Schweiz, Synonym für etwas ganz anderes geworden. Deshalb wird es oft durch den Euphemismus «Senioren» ersetzt.

Nur, die meisten Menschen merken nicht, dass der Gebrauch von Euphemismen nichts anderes als die Kapitulation der eigenen Sprache vor der Realität darstellt – jene der krassen Diskriminierung. Also werde ich in diesem Artikel keine solchen Euphemismen gebrauchen, denn die Sprache ist ja nichts anderes als ein Spiegelbild der dominanten Ansichten einer Gesellschaft. Doch diese Ansichten teile ich nicht.

Alt möchte ich werden und keine Seniorin! Alt bedeutet, dass man viel erlebt hat, dadurch viel Lebenserfahrung akkumulieren konnte und dies nun in Form von innerer Ruhe und Souveränität nach aussen reflektiert. Nichts Verwerfliches ist dabei, ausser die Gesellschaft münzt «alt» in etwas ganz anderes um. Und genau das tut sie.

Idol der unfehlbaren Jugend

Einerseits wird blind dem Idol einer stürmischen, scheinbar unfehlbaren Jugend nachgegangen (siehe Greta-Phänomen oder Invasion der Jungparlamentarier im Bundeshaus), und anderseits werden Alte als ewiggestrige, störende Elemente ins öffentliche Bewusstsein projiziert (man analysiere Presseschlagzeilen zu Christoph Blocher). Heutzutage werden gekonnt Empfindungen hervorgerufen, welche einen Abgrund zwischen der immer gutaussehenden Jugend und den verknitterten Alten auftun. Alte werden sehr oft als sexistisch, rassistisch und als Umweltsünder dargestellt. Sie können somit froh sein, wenn sie überhaupt noch die AHV-Rente bekommen, welche die Jungen im Umlageverfahren finanzieren. Die Alten sind eine in der öffentlichen Meinung knapp geduldete Minderheit – und zuweilen sogar eine stark diskriminierte Minderheit.

Wie oft musste man etwa in dieser von Corona geplagten Zeit lesen, es würden sowieso nur die Alten an diesem Virus sterben, was mache man da für einen Wirbel deswegen. Solche Botschaften und Kommentare wurden auch repetitiv, mehr oder weniger verklausuliert, in grossen Schweizer Tageszeitungen publiziert.

Junge im Grunde genommen für blöd verkauft

Bedeutet dies, dass die Jungen von der heutigen Werbe- und Konsumgesellschaft verwöhnt werden? Nein. Im Grunde genommen werden sie für blöd verkauft. Denn sie werden in eine Zukunft des obligaten ewigen Jugenddaseins gepresst – mit einer ständigen Leistungs- und Schönheitsverpflichtung. Ja nicht vom Drahtseil fallen und zu den Alten gehören, denn alt sein bedeutet Abstellgleis!

In der von digitalen Bildern geprägten Welt der sozialen Medien schickt es sich nicht, alt auszusehen. Instagram, Facebook, sogar die für die eigene Karriere benutzte Plattform LinkedIn, zwingen zu einem möglichst jugendlichen Aussehen. Ein Tausch im Stil der alten Indianertrapper sozusagen, billige, digitale Glasperlen, gegen die Verpflichtung, ewig jung zu bleiben. Denn nur jugendliches Aussehen garantiert Erfolg und Zugehörigkeit.

Ich habe selbst ein einfaches Experiment mit falschen Profilen auf der Berufsplattform LinkedIn durchgeführt. Einmal habe ich das Bild einer jungen, hübschen, schwarzen Berufsfrau publiziert, und ein anderes Mal das Bild einer alten, eleganten, weissen Berufsfrau. Raten Sie mal, welches Profilbild bei gleicher Berufsbezeichnung die meisten Anfragen bekam?! Das erste, und zwar 12 zu 0.

Altersgrenze künstlich nach unten gerückt

In der Schweiz wurde die Altersgrenze, um in der Altersgruppe der Alten eingestuft zu werden, sogar künstlich und radikal nach unten gerückt. Heutzutage beginnt diese bereits ab 50 Jahren, Tendenz fallend. Nicht weil Schweizer etwa ab 50 Jahren nicht genug fit und leistungsbereit wären, sondern weil es ein gewollter wirtschaftspolitischer Trend ist.

Unsere Wirtschaftsverbände und ihre politischen Anhängsel, insbesondere Economiesuisse, forcieren bekanntlich seit Jahren die Einwanderung von jungen, billigen Arbeitskräften aus der EU mittels dem Personenfreizügigkeits-Abkommen. Somit werden hierzulande einheimische Arbeitskräfte ab 50 Jahren abgebaut, um sie durch jüngere Arbeitnehmer aus der EU zu ersetzen.

Fortsetzung auf Seite 4

LACHEN VERBOTEN!

Der Unternehmer macht einen Überraschungsbesuch in der Fabrik. Ein junger Mann lehnt lässig an einem Pfeiler, die Hände in den Hosentaschen. Da fragt ihn der Unternehmer etwas gereizt: «Wieviel verdienen Sie?» «400 Franken pro Woche.» Da zieht der Unternehmer zornig seine Brieftasche hervor und drückt dem jungen Mann 400 Franken in die Hand mit den Worten: «Hier ist Ihr Wochenlohn, verschwinden Sie und lassen Sie sich hier nicht mehr sehen!» Dann fragt er den Vorarbeiter wütend: «Wie lange hat diese Pfeife hier gearbeitet?» – «Der? Das war der Pizzakurier.»

Wegschauen: auch eine politische Methode

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl

Ausgrenzung der «alten» einheimischen Arbeitnehmer
Konsequenzen? Nebst Übervölkerung, Dichtestress, Zubetonierung der Landschaft, Verwässerung und Verlust der Schweizer Identität erfolgt insbesondere eine wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung der «alten» einheimischen Arbeitnehmer. Dies ist pure Altersdiskriminierung, offen und unverblümt.

Mittlerweile ist jeder zweite Schweizer gezwungen, sein BVG-Guthaben vorzeitig zu beziehen. Ab 50 Jahren wird es beruflich, finanziell und sozial eng – oft mit heranwachsenden Kindern und einer Hypothek am Hals. Die Altersdiskriminierung beginnt hierzulande also nicht ab 65 Jahren mit den eingangs beschriebenen Begebenheiten, sondern bereits 15 Jahre früher. Und dies politisch gewollt und abgesegnet.

Die Schweizer Bevölkerung leidet stark darunter, die Zeitungsartikel mehren sich: 50-jährig und ausgesteuert, 1'000 Bewerbungen geschrieben und kein Bewerbungsgespräch. Um den wachsenden Unmut mit einer Schicht Kosmetik zu verdecken und um der längst notwendigen SVP-Begrenzungs-Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen, lancierten die Profiteure des Freizügigkeits-Abkommens ein billiges Trostpflaster namens «Überbrückungsrente».

Churz&Bündig

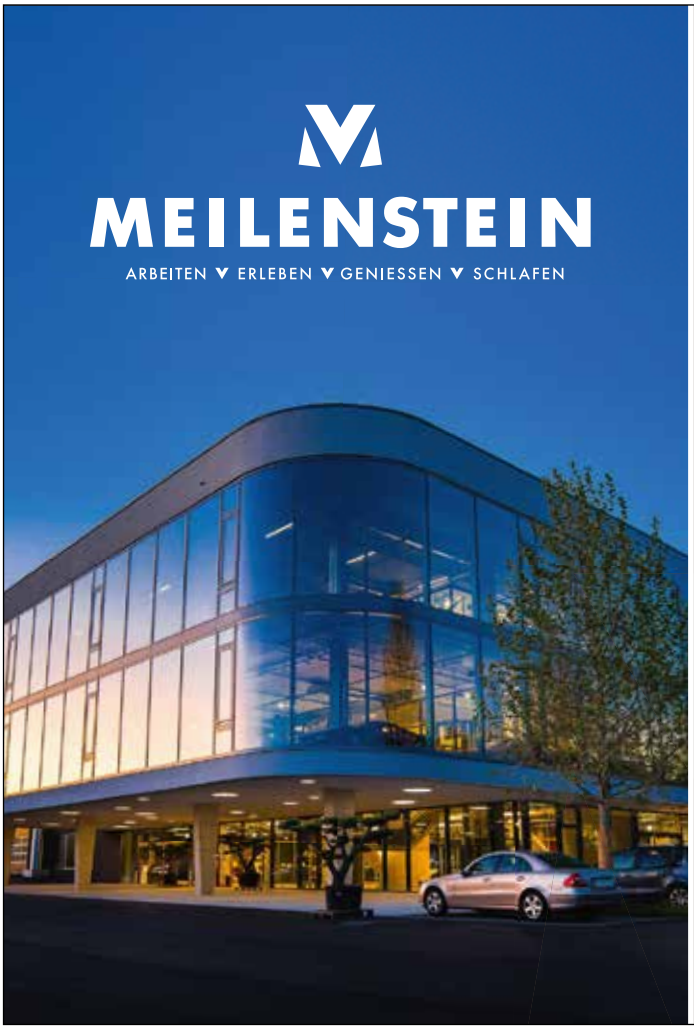
Die NZZ, Säule liberaler, staatstragender Grundsätze, bekommt eine neue Inland-Chefin: Christina Neuhaus. Diese erklärt, kaum in Funktion, den «Sonderweg Schweiz» als für die NZZ endgültig «vorbei» (Weltwoche 23.07.2020). Befördert sie damit die Direkte Demokratie, unser Milizparlament, den Föderalismus, die Allgemeine Wehrpflicht, die immerwährende, bewaffnete Neutralität mit der sie tragenden Milizarmee in den Papierkorb der Falkenstrasse? Passen Sie auf, Frau Neuhaus: Auf dem von Ihnen vorgespurten Weg könnte gleich auch noch die hehre NZZ in den Abfall geraten.

us

*

Während Black Lives Matter-Bewegte und ihre Mitläufer Statuen von angeblichen Rassisten und Sklavenhaltern früherer Zeiten (wie zum Beispiele jene des ehemaligen US-Präsidenten Andrew) vom Sockel reissen, verlieren sie kein Wort zu den weltweit rund 40 Millionen Opfern moderner Sklaverei. Allein in Afrika sind derzeit laut dem «Gatestone Institute», New York, schätzungsweise 9,2 Millionen Männer, Frauen und Kinder versklavt. Aber dagegen zu protestieren wäre wohl «nicht korrekt».

(übermittelt von Ernst Merz, Unterägeri)



EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung

Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

Die folgenschwere «Überbrückungsrente»

Die Überbrückungsrente schafft Abhängige, streut dem Volk Sand in die Augen und hält den Zustand der Altersdiskriminierung ewig aufrecht. «Haltet den Mund, ihr bekommt ja eine Überbrückungsrente bis zur ordentlichen AHV-Rente. Seid froh ihr (neuen) Alten und lasst uns – nur uns – weiterhin mit der billigen Jugendeinwanderung aus der EU Profite scheffeln!» – während die Schweizer Allgemeinheit die Überbrückungsrente berappt.

Falsch gedacht. Die Schweiz entwürdigt fleissige, äusserst fähige alte Arbeitnehmer und ersetzt sie durch Treibsand. Heute hier, morgen irgendwo. Keine Liebe zum Land, kein Interesse am Wohlergehen der Schweiz. Doch nicht genug: Erstklassige Schweizer Arbeitnehmerqualität wird zerstört mit gleichzeitigem Ersatz durch Import von ausländischer Mittelmässigkeit.

Ausserdem vergessen die Erfinder der Überbrückungsrente, dass alte Arbeitnehmer keine Almosen wollen. Sie wollen wie gleichberechtigte Bürger behandelt werden, würdig und selbsterfüllt einer bezahlten Arbeit nachgehen, genauso wie andere Altersgruppen auch.

Es passt in den Geist der Zeit, dass viele Junge am zukünftigen eigenen Ast sägen, in dem sie sich einen Deut um die vorherrschende Altersdiskriminierung und den massenhaften Import von Arbeitskräften aus der EU aufgrund der Personenfreizügigkeit kümmern.

Isabel Villalon

Das aktuelle Zitat

«Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen.»

George Orwell, 1945 (zeitlos aktuell)

Schäbig, schäbig, schäbig!

Wird jemand arbeitslos, so kann er für maximal zwei Jahre auf Arbeitslosen-Unterstützung zählen. Deren finanzielle Leistungen werden je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern aufgebracht. Gerät das System aufgrund überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit aus dem Gleichgewicht, hat wohl oder übel der Bund einzuspringen – wie gerade jetzt infolge der im Blick auf die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative auf achtzehn Monate ausgedehnten Kurzarbeit.

Der Bundesrat weiss genau: Wird diese Initiative – so wie es dem Mehrheitswillen Bundesberns entspricht – abgelehnt, dann wird in der Schweiz Massenarbeitslosigkeit Tatsache. Ungebremste Zuwanderung bei insbesondere in der EU deutlich verschlechterter Wirtschaftslage (als Corona-Auswirkung rechnet Brüssel mit einem Wirtschaftsabschwung von rund acht Prozent): Das wird die Schweiz massiv treffen. Zumal insbesondere die Grosskonzerne, von Managern auf boniträchtigen Kürzestfristgewinn getrimmt, teurere ältere Arbeitnehmer so rasch als irgend möglich durch billigere Zuwanderer zu ersetzen trachten.

Spalte rechts

Um dies zu erleichtern, schuf Bundesbern – obwohl keines der bestehenden Schweizer Sozialwerke heute finanziell gesichert ist – im Eilverfahren ein neues Sozialwerk: Die Übergangsrente, von der hiesige Arbeitslose ab dem sechzigsten Altersjahr profitieren können. Zu bezahlen ist diese Übergangsrente nicht von den Sozialpartnern, vielmehr allein von den Steuerzahlern.

Mit andern Worten: Bundesbern ermöglicht vor allem den von Managern gelenkten Konzernen nicht nur, den älteren hiesigen Arbeitnehmern so ab dem 58. Altersjahr den Tritt in den Hintern zu geben. Bundesbern sorgt mit der Übergangsrente gleichzeitig dafür, dass die Konzerne finanziell sozusagen nichts beizutragen haben an die schnöde «Abstossung» ihrer älteren, langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Einen schäbigeren Deal als diese Entlassungsrente auf Kosten der Steuerzahler – Frau Karin Keller-Sutter rühmt sich, diese neue Sozialleistung erfunden zu haben – hat es in der Schweiz kaum je gegeben. Bundesbern hat ihn durchgewinkt – mit im Blick auf den 27. September tendenziös tief angesetzter «Kostenschätzung».

Nur ein Ja zur Begrenzungs-Initiative verhindert diesen himmeltraurigen Betrug am Schweizervolk.

Ulrich Schlüer

Zwangsabgabe Serafe

Serafe-Schwindel von Bundesrat und Bakom

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Bundesrat und Bakom (Bundesamt für Kommunikation) behaupten zum Teil bis heute, man müsse unter gewissen Umständen keine TV-Gebühren bezahlen. Das ist Teil eines grossen Schwindels.

Bisher galt: Wer keinen Fernseher oder kein Radio hat, aber Internet, der musste die Billag-Rechnung nur bezahlen, wenn er ein Digital-TV-Abonnent hat oder bei einem Gratisanbieter wie Wilma oder Zattoo registriert war. Seit 2019 gibt es nur noch eine einheitliche «Abgabe mit Spezialcharakter».

Bundesrat und das zuständige Amt Bakom betonten aber immer wieder, bis 2023 könne man ein Gesuch um Befreiung von der Abgabe stellen – wie bis anhin.

Ein Computer gilt als Radio

Doch Entscheide von Bundesgericht und Bakom zeigen, dass die gemachten Versprechungen nichts gelten: Ein PC oder ein Handy sei zwar ohne Digital-TV-Abo kein Fernseher – aber sehr wohl ein Radio. Da neu nicht mehr zwischen Radio- und TV-Gebühr unterschieden wird, müsse man auch bezahlen, wenn man kein TV, sondern nur ein «Radio» namens PC oder Handy habe. Bis heute steht allerdings auf der Homepage des Bakom das Gegenteil!

Ich betreibe einen Computer mit Internetanschluss via ADSL. Muss ich die Gebüren für den Fernsehempfang bezahlen, wenn ich kein Fernsehen via Internet schaue?

Mann muss nur Gebühren bezahlen, wenn man über einen Breitbandanschluss (z.B. ADSL, Kabelnetz usw.) ein entsprechende Wiedergabe-Software (z.B. Mediaplayer, Realplayer) verfügt und ein kostenpflichtiges Abonnement bei einer Anbieterin, die Zugang zu Fernsehprogrammen gewährt, abgeschlossen oder sich kostenlos registriert hat.

Vorsicht: Ihr Bundesamt schwindelt

Falschaussage auf der Bakom-Homepage am 1. August 2020

Das heisst, das vom Bundesrat versprochene Opting-out (wer kein TV-Gerät hat muss während fünf Jahren nicht bezahlen) gilt nur für unsere TV- und handylose Urgrossmutter. Und sonst für niemanden.

Kurtaxe für SRF

Doch ist die Zwangsabgabe für das Schweizer Farbfernsehen überhaupt legal? Wenn es sich um eine Steuer handelt, so müsste sie in der Verfassung erwähnt sein, denn in der Schweiz gilt: keine Steuer ohne Verfassungsgrundlage! Das Bundesgericht meint, die Fernsehsteuer sei eine vom Bund hoheitlich erhobene Abgabe, welche dazu diene, gebührenfinanzierte Veranstalter, namentlich die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG, zu subventionieren. Sie sei etwa vergleichbar mit einer Kurtaxe. Nach ständiger Rechtsprechung stellt jedoch auch eine Kurtaxe eine Steuer dar.

Eine Steuer bleibt eine Steuer

Die TV-Abgabe war schon nach altem Recht eine Steuer und ist es, da die Abgabe nun nicht mehr an das Vorhandensein eines Empfangsgeräts anknüpft, geschweige denn an dessen Benutzung, nach neuem Recht umso mehr.

Zweimal verfassungswidrig

Die neue Abgabe für Radio und Fernsehen ist in der Verfassung aber nicht ausdrücklich verankert, weshalb dem Bund die Kompetenz zur Erhebung dieser Steuer fehlt. Weiter ist die Höhe der Abgabe weder durch die Verfassung noch durch das Gesetz begrenzt, sondern richtet sich vordringlich nach dem Finanzierungsbedarf der SRG. Die Abgabe ist daher mit der Verfassung nicht vereinbar.

Das erklärt, weshalb sich die Verwaltung hinter diffusen Bezeichnungen wie bspw. «Abgabe mit Spezialcharakter» versteckt. Immerhin ist anzumerken, dass

das neue verfassungswidrige System vom Volk – wenn auch hauchdünn mit 50,1 Prozent – im Jahr 2015 an der Urne angenommen wurde.

Nur für Höhlenbewohner und Urgrossmütter

Bundesrat und Bakom haben uns in also Bezug auf die Zwangsabgabe falsch informiert und treiben nun verfassungswidrig eine Steuer ein. Ausser Höhlenbewohnern und Urgrossmüttern nützt auch das «Opting-out-Formular» der Serafe niemandem. Es bringt daher auch nichts, die Serafe-Rechnung nicht zu bezahlen.

Gebührenstreik

Uns bleibt damit nur der Gebührenstreik, zum dem ich schon im Februar aufgerufen habe. Dass das System diese Möglichkeit fürchtet zeigt sich daran, dass der System-Journalist Ruedi Studer im Blick gegen den von der «Schweizerzeit» propagierten Gebührenstreik hetzte. Schon dreimal.

Der Gebührenstreik hat also Potenzial: Senden Sie den Betrag, den Sie der Serafe zahlen müssen, dieser in Münzen und Banknoten eingeschrieben zu, dokumentieren Sie das und verlangen Sie eine Bestätigung.

Hermann Lei

Das Büro Ha deckt auf!

Das Parlament hat ein völlig übertriebenes CO_2-Gesetz verabschiedet. Wie üblich versuchte nur eine Partei, die übertriebenen Forderungen einzuschränken. Das Referendum wird ergriffen! Das neue Mittelstands-Abzocke-Papier bringt in der grössten Wirtschaftskrise zusätzliche Verbote, Abgaben, Steuern, Bürokratie und Schikane. Der Treibstoffzuschlag soll 12 Rappen pro Liter betragen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit: Dazu kommen noch vier Rappen Steuererlass für Biotreibstoff und (bereits früher beschlossen) vier Rappen für den Nationstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds. Macht satte 20 Rappen pro Liter! Zudem werden die CO_2-Grenzwerte bei Ölheizungen ab 2023 so hoch angesetzt, dass dies einem faktischen Verbot gleichkommt. Auch wird dem Hausbesitzer vorgeschrieben, wie und ab wann er sein Haus zu isolieren hat. Kein Mensch hinterfragt die willkürlichen «Grenzwerte». Die CO_2-Lenkungsabgabe soll auf 210 Franken pro ausgestossene Tonne CO_2 angehoben werden. Der Heizölpreis steigt um mindestens 27 Rappen pro Liter. Bei einem Einfamilienhaus mit knapp 1'000 m^3 Inhalt sind das zusätzlich 800 Franken pro Jahr!

Tis Hagmann

seit 40 Jahren

Vins Précieux

H. J. Senn SA.

CH-8703 ERLENBACH

www.vinsprecieux.ch

044 910 41 61

Herausragende Weine

Exzellente Grand Cru Champagner zu vernünftigen Preisen

Auserlesene rote und weisse Burgunder Weine

Erstaunliche Weine vom Kap der Guten Hoffnung

Leserbriefe

Eine sozialpolitische Mogelpackung

Die «Überbrückungsrenten» für ausgesteuerte Arbeitslose ab 60 Jahren sind Ergänzungsleistungen und keine Renten. Wer als Ehepaar mehr als 100'000 Franken Vermögen besitzt (ein Haus, eine Eigentumswohnung, Erspartes), geht leer aus. Dazu kommt, dass – entgegen dem Vorschlag des Bundesrates – sogar ein Teil des Pensionskassenkapitals zum Vermögen gezählt wird. Damit haben interessierte Kreise sichergestellt, dass der Mittelstand nicht bezugsberechtigt ist und auf den vorzeitigen Vermögensverzehr verwiesen wird. Im Fernsehen SRF wurde über diese Vermögensschwelle kein Wort verloren. Fazit: Ein dreister Versuch, die betroffenen Arbeitnehmer mit einer Mogelpackung hinters Licht zu führen.

Edgar Haberthür, Winterthur

Mit Tempo zur 10-Millionen-Schweiz?

Bei Lebensmitteln liegt unser Selbstversorgungsgrad nicht wie behauptet bei 58 Prozent, sondern viel tiefer. Denn es muss alles in die Bilanz: Tonnenweise werden Saatgut, Düngemittel, Tierfutter und Diesel für die Traktoren und Lastwagen der Logistikflotten importiert. Auch das Uran für die Kernkraftwerke wird importiert, ebenso Silizium für die Solartechnik, Metalle für Wasser- und Windturbinen etc. Angesichts der bereits sehr grossen Bevölkerungsdichte ist es unverantwortlich, immer mehr Menschen in die Schweiz zu lassen. Innert der letzten zwölf Jahre ist unsere Bevölkerung um 1 Million gewachsen! Die Schweiz hat fast keine Rohstoffe ausser Grasland, Holz, Wasser, Bildung und «Manpower». Die Virus-Krise war nur ein Vorgeschmack auf eine nächste, womöglich grössere Krise. In der Krise ist sich jedes Land selbst das nächste. Die Zerstörung unserer fruchtbaren Flächen durch Bautätigkeit hält unvermindert an, während immer mehr Menschen ins Land drängen. Deshalb: Ja zur Begrenzungs-Initiative!

Ueli Krasser, dipl. Lebensmittel-Ing. ETH, Hagendorn/Cham ZG

Marktwirtschaft erhalten!

Ich habe in den 50er-Jahren in Deutschland Ingenieur studiert. Damals war eine Aufbruchstimmung vorhanden. Deutschland erlebte das Wirtschaftswunder. Mit der Gründung der EU sind jedoch viele Erfolge verloren gegangen. Die EU hat sich zu einer geldvernichtenden Organisation entwickelt. Die Schweiz hat gut getan, der EU nicht beizutreten. Leider wird heute wieder versucht, Verträge mit der EU abzuschliessen, die auf einen Beitritt hinauslaufen. Da wird aus Eigeninteresse und Dummheit gehandelt. Ich fühle mich verpflichtet, dazu beizutragen, dass unsere Nachkommen ein Leben führen können, wie es mir beschieden war. Ein Leben mit Arbeit, Wohlstand und ohne wohlstandsvernichtende Experimente. Ich hoffe, dass die Stimmbürger am 27. September die richtigen Weichen stellen und sich nicht von falschen Versprechungen blenden lassen.

Heinrich Frei, Weinfelden TG

Jetzt heulen sie wieder …

Jetzt heulen sie wieder, die Linken und Netten. Der «böse» Blocher hatte doch tatsächlich die Frechheit, das (ihm zustehende) Ruhegehalt einzufordern. Nun, nachdem die vielen links-grünen und spätpubertierenden Goofen, welche noch nicht einmal seit einem Jahr in unserem Bundesparlament Einsitz haben, für zahlreiche fragwürdige Projekte (Gender-Unsinn, Vaterschaftsurlaub, Homo-Ehen, Klimabürokratie usw.) Unsummen zum Fenster hinaus geworfen haben, hätte ich es gleich gemacht wie Christoph Blocher. Getreu dem Motto «Das Geld nehmen, so lange es noch da ist.»

Louis Hammer, Ennetbürgen NW

Zehn Millionen – und was dann?

Wenn Franken gemeint wären, wäre diese Frage wohl überflüssig. Gemeint ist aber die Einwohnerzahl der Schweiz. Selbst die 10-Millionen-Befürworter, welche der SVP-Begrenzungs-Initiative vom 27. September partout nichts abgewinnen können, wissen, dass mit zehn Millionen das Mass der Erträglichkeit überschritten würde. Folgerichtig müsste dann ein abrupter Einwanderungsstopp zwingend erfolgen – eine viel schmerzlichere Massnahme als heute eine ausgewogene Begrenzung bei 8.5 Millionen. Denken die Gegner der Begrenzungs-Initiative auch soweit? Zehn Millionen Einwohner und was dann? Einfach die Obergrenze auf zwölf Millionen erhöhen? Und was dann? Weiter erhöhen – und was dann? Man könnte fast glauben, dass kurzsichtige Politiker von solchen Überlegungen geleitet werden. Ist es nicht besser, die Bremse jetzt anzuziehen, bevor nach oben kein Spielraum mehr besteht?

Peter Schnyder, Ennenda

brother MFC-L9570CDWT:

DAS TOP-FARB-MULTIFUNKTIONS-GERÄT

- robust, schnell und perfekte Qualität
- brillante Farb-Qualität, grosses Touch-Display
- druckt, scannt (bis 100 S./min.), kopiert, faxt
- 5 Jahre VorOrt-Garantie dank MPS
- vollautomatisierte Zustellung Supplies
- 1000 Farbseiten kosten fix Fr. 79.86
- 1000 s/w-Seiten kosten fix Fr. 13.40

Fr. 1299.00 mit 2 Kassetten

Fr. 250.00 Cashback
Fr. 250.00 Eintausch
Fr. 799.00 Netto-Aufwand

OCoTex AG
– 041 799 50 00

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Denunzierer

Warum kommt mir in den letzten Tagen immer wieder der Roman «Die verlorene Ehre der Katharina Blum» von Heinrich Böll in den Sinn? Könnte es daran liegen, dass unser Paradeblatt «BLICK» sich in den letzten Wochen und Monaten in Sachen Pandemie ähnlich menschenverachtend verhält wie die entsprechende Zeitung (DIE ZEITUNG) im Böll'schen Roman? Beispielsweise bei dieser jungen Grenchnerin, die wahrscheinlich «schwerstkrank» sich noch in den Ausgang traute – mit mehr oder weniger Gleichaltrigen, positiv auf ein sommerliches Phantomvirus getestet (!) und die dergestalt durch den Kakao gezogen wurde, dass sie so ziemlich fertig sein dürfte und mit Mühe noch einen Fuss, wenn überhaupt, auf den beruflichen und gesellschaftlichen Boden bringen wird.

Oder liegt es daran, dass die Coronakritischen seit Monaten von diesem Boulevard-Blatt unwidersprochen zuerst als «Corona-Ignoranten», dann als «Covidioten» bezeichnet werden?

Oder dieses Schmuddel-Dr ... blatt sogar die Bevölkerung auffordert, Nichtmaskenträger mit Fotos und Videos zu denunzieren? Vielleicht sollte man nicht immer auf dem Marktplatz in Basel oder dem Bundesplatz in Bern demonstrieren, sondern mal direkt vor den Hauptredaktionen dieser Schmierfinken. Noch besser: Ein Kollege, Dr. med. Rainer Schlegel, hat sich mit einem Protest-Brief an den Presserat gewandt. Gut so. Antwort ausstehend.

(Standpunkte aus dem Backstage LXV, Dr. med. Marco Caimi)

Gefesselt

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz hätte in der Corona-Krise am liebsten der Wirtschaft so geholfen, wie es die Schweiz getan hat. Warum hat er es dann nicht gemacht, werden Sie sich jetzt fragen? Seine Antwort: Ich durfte nicht, weil Österreich Mitglied der EU ist.

«Die Schweiz ist unter den Topstaaten – auch weil sie nicht an EU-Regeln gebunden und finanzstark ist.» Das Zitat ... kommt nicht von der Auns und nicht von der SVP. Es ist ein Zitat vom österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Er ist Regierungs-Chef von einem Land, das Mitglied der EU ist. Er weiss also, wovon er spricht.

Gesagt hat Sebastian Kurz das Lob über das Nicht-EU-Land Schweiz in einem Interview mit der österreichischen Tages-Zeitung «Kurier».

(NR Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 111)

Umzug

Das umstrittene «König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog» (KAICIID) verlässt laut österreichischer Medien Wien und will nach Genf umziehen. Eine Schliessung des sogenannten Dialoghauses wird schon seit langem von österreichischen Politikern wegen seiner Geldgeber und der Menschenrechtszustände in Saudi-Arabien sowie wegen fehlender Stellungnahmen, etwa zu Islamismus, gefordert. Vor rund einem Jahr hatte der Nationalrat mehrheitlich wegen der drohenden Hinrichtung eines 18-Jährigen in Saudi-Arabien für den Rückzug Österreichs aus dem KAICIID gestimmt. Das grösstenteils von Saudi-Arabien finanzierte Zentrum stand stets in der Kritik. «Es zeigte sich, dass das KAICIID gar keine interreligiösen Dialoge führte, sondern einfach die Einbindung Andersgläubiger in islamisch indoktrinierte und geleitete Projekte betrieb», erklärt Orientalist Dr. phil. Heinz Gstrein Mitte Juli gegenüber Zukunft CH.

Das KAICIID ist staatenübergreifend, wurde im Oktober 2011 von Saudi-Arabien, Österreich und Spanien gegründet und 2012 eröffnet. Auch der Vatikan hat Beobachter-Status.

(Zukunft CH, August 2020)

Rezession

Der infolge der Coronavirus-Pandemie verordnete Stillstand des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens hat Europa in eine Rezession gestürzt. Die Frage ist nur noch, wie tief diese sein wird und wie schnell eine Erholung einsetzen wird. Die EU-Kommission zeigte sich in ihrer ... Sommerprognose hierzu deutlich pessimistischer als noch im Frühling.

Sie erwartet, dass die Wirtschaft in der EU im laufenden Jahr um durchschnittlich 8,3% schrumpft gegenüber einem im Frühling prognostizierten Minus von 7,4%. Den Volkswirtschaften mit dem Euro sagt Brüssel mit -8,7% eine noch tiefere Rezession voraus (Frühlingsprognose: 7,7%).

(NZZ, 8. Juli 2020)

Demokratie-Zerstörung

Jetzt ist es amtlich, was die SVP vorausgesagt hatte: Die 2010 von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative wird nicht einmal im Ansatz umgesetzt. Hunderte ausländische Verbrecher dürfen weiterhin in unserem Land bleiben. Ein Grund dafür ist die vom Parlament gegen den Willen der SVP eingeführte Härtefallklausel. Falls Bundesrat und Parlament dies nicht umgehend korrigieren, wird die SVP die Lancierung einer neuen Volksinitiative prüfen. Auch die Personenfreizügigkeit schützt ausländische Kriminelle – dies korrigiert eine Annahme der Begrenzungsinitiative am 27. September.

(SVP, 22. Juli 2020)

Ein Rassistenfreund an der SP-Spitze

von Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat, Wettswil a.A.

Er gilt als einer der verwerflichsten Rassisten der Geschichte. Dennoch himmeln ihn viele Schweizer Politiker an: Karl Marx.

Ein Paradebeispiel dafür ist die 2018 erschienene Publikation «MarxnoMarx», zu der 33 «Persönlichkeiten» wie Cédric Wermuth, Regula Ritz, Josef Lang, Margret Kiener Nellen oder Tamara Funiciello, heutige oder ehemalige Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier, zum 200. Geburtstag von Karl Marx Artikel beigetragen haben. Sie gingen der Frage nach, wie Marx' Werk uns heute «inspirieren kann zwischen historischer Verortung und Weiterdenken in aktuellem Kontext».

Neid, Hass, Gewalt

Im gesamten Lobesbuch wird auf die üble rassistische und antisemitische Grundhaltung von Marx mit keiner Silbe eingegangen. Wen wundert es – letztlich dient genau dieses miese Gedankengut von Karl Marx auch heute als Leitmaxime vieler links-grüner Politiker. Diese lässt sich in drei Worten zusammenfassen: Neid, Hass, Gewalt. Der Versuch von Cédric Wermuth, Karl Marx als einen der geistigen Väter des späteren real existierenden Sozialismus in Russland oder in China reinzuwaschen – indem er behauptet, Karl Marx sei dafür nicht verantwortlich, da er bereits 1883 verstorben sei – ist mehr als plump. Die Autoren rühmen im Vorwort Karl Marx ja gerade deswegen, dass er das gesellschaftliche Denken während 170 Jahren geprägt habe. Eine weitere unglaubliche Realitätsverweigerung ist die folgende Aussage: «Im Kern marxistischer Kritik stand und steht die individuelle Freiheit (…). Marx stand immer auf dem Boden der bürgerlichen Freiheiten und der Demokratie.»

Solche Behauptungen sind schon ein dreistes Stück Geschichtsklitterung. Was die «Freiheit des Einzelnen» anbetrifft, sollten die Autoren vielleicht einmal den Forderungskatalog im «Kommunistischen Manifest» nachlesen: «Einmal an die politische Herrschaft gelangt, wird die kommunistische Arbeiterschaft alles Kapital und alle Produktionsmittel der Kapitalisten verstaatlichen, zentralisieren und zum Wohl der gesamten Gesellschaft nutzen. Dabei wird Gewaltanwendung unvermeidbar sein.» U.a. sind die folgenden Massnahmen umzusetzen: Enteignung allen Grundeigentums, Zentralisierung und Verstaatlichung des Finanzwesens, der Landwirtschaft und der Industrie, staatlich finanzierte und organisierte Erziehung der Kinder.»

Dennoch behauptet Wermuth: «Marx stand immer auf dem Boden der bürgerlichen Freiheiten und der Demokratie.» Der Traum einer klassenlosen Gesellschaft, wie von Marx portiert, wird von der links-grünen Politelite in der Praxis so ausgelegt, wie es George Orwell in seinem Buch «Animal Farm» beschrieben hat: «Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher.» Diese Allegorie trifft insbesondere auch auf die von Links-grün im Schweizer Parlament krampfhaft verteidigten Steuerprivilegien zu, welche die SVP abschaffen wollte. Während das SP- und grüne Fussvolk ihre Einkommen und Vermögen brav voll versteuern sollen, profitieren die National- und Ständeräte von einer substanziellen Steuerbefreiung. Im Jahre 2018 erzielte Wermuth ein Parlamentariereinkommen von 139'206 Franken, davon waren 56'699 Franken steuerbefreit.

Marx als Antisemit und extremer Marxist

Mehrere Briefe und Artikel von Karl Marx zeugen von einem inakzeptablen, menschenverachtenden Weltbild: So schrieb er an seinen politischen Freund Arnold Ruge, wie «widerlich» ihm «der israelitische Glaube» sei. Sein Text «Zur Judenfrage» von 1843 legte den geistigen Grundstein für den später ausartenden antisemitischen Hass. Einige Passagen von Marx über die Juden lesen sich wie die späteren Hetztiraden der Nazis und wurden von ihnen grossenteils umgesetzt.

Seine Briefe entlarven Marx nicht nur als Antisemiten sondern auch als extremen Rassisten. So wird Ferdinand Lassalle, der Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und politischer Konkurrent von Marx, wegen seiner jüdischen Herkunft erst als «Jüdel Braun», «Ephraim Gescheit» und «Itzig» verunglimpft. So nachzulesen im 2018 erschienenen Buch von Uwe Wittstock (Karl Blessing Verlag, München). Nachdem Lasalle ihn 1862 in London besucht hatte, beschimpfte Marx ihn als «jüdischen Nigger Lasalle»und schrieb: «Es ist mir jetzt völlig klar, dass er, wie auch seiner Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von Negern abstammt, die sich dem Zug von Mose aus Ägypten anschlossen. Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen.»

Und nun soll also Céderic Wermuth (zusammen mit Mattea Meyer) die SP anführen, ein Mann, der den extremen Rassisten und Antisemiten Karl Marx verehrt. Eine solche Wahl ist schon fast peinlich. Man kann sich nur wundern, warum die links-grüne Parteibasis solche Führungsleute toleriert – damit könnte leicht der Verdacht aufkommen, dass auch sie dieses Gedankengut teilt.

Hans Kaufmann

«Wir wollen sein…

… ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.»

Wer kennt sie nicht, die hehren Worte des Rütlischwurs. Es klafft jedoch eine tiefe Lücke zwischen «Rütlischwur-Bekenntnis» und tatsächlichem (Polit-) Geschehen im Lande. Weil eine belegbare Tatsache die Schwachstelle jeder nebulösen Theorie ist, halte ich fest:

- Obwohl es «Linke» negieren, zementiert die Statistik folgendes: Allein seit Jahresbeginn 2020 stieg die Zuwanderung um neun Prozent. Seit Januar 2020 sind (netto) 18'386 Ausländer dauerhaft gekommen, womit – Stand Ende März – 2'125'000 Ausländer hier leben. Für Befürworter des Migrations-Tsunami ist das Boot noch lange nicht voll.

- Diese Woche verhaftete die Bundespolizei zahlreiche legal hier wohnhafte Mafiosi, die einem V-Mann Schweizer Sturmgewehre zum Kauf angeboten hatten. Öffnen wir die Migrations-Tore noch weiter?

- Im 2019 hätte die Zürcher Staatsanwaltschaft nach Gesetz 33 Ausländer ausweisen müssen, die hier Kurz-Filmchen mit widerlichen Tiersex-Szenen via Whatsapp gegen Geld verteilten. Die Staatsanwaltschaft aber verzichtete auf ein Ausschaffungsverfahren. Und wieso bleibt der Schweizer Tierschutz (STS) dazu stumm? Der «Gott der Tiere» muss sehr schwach sein.

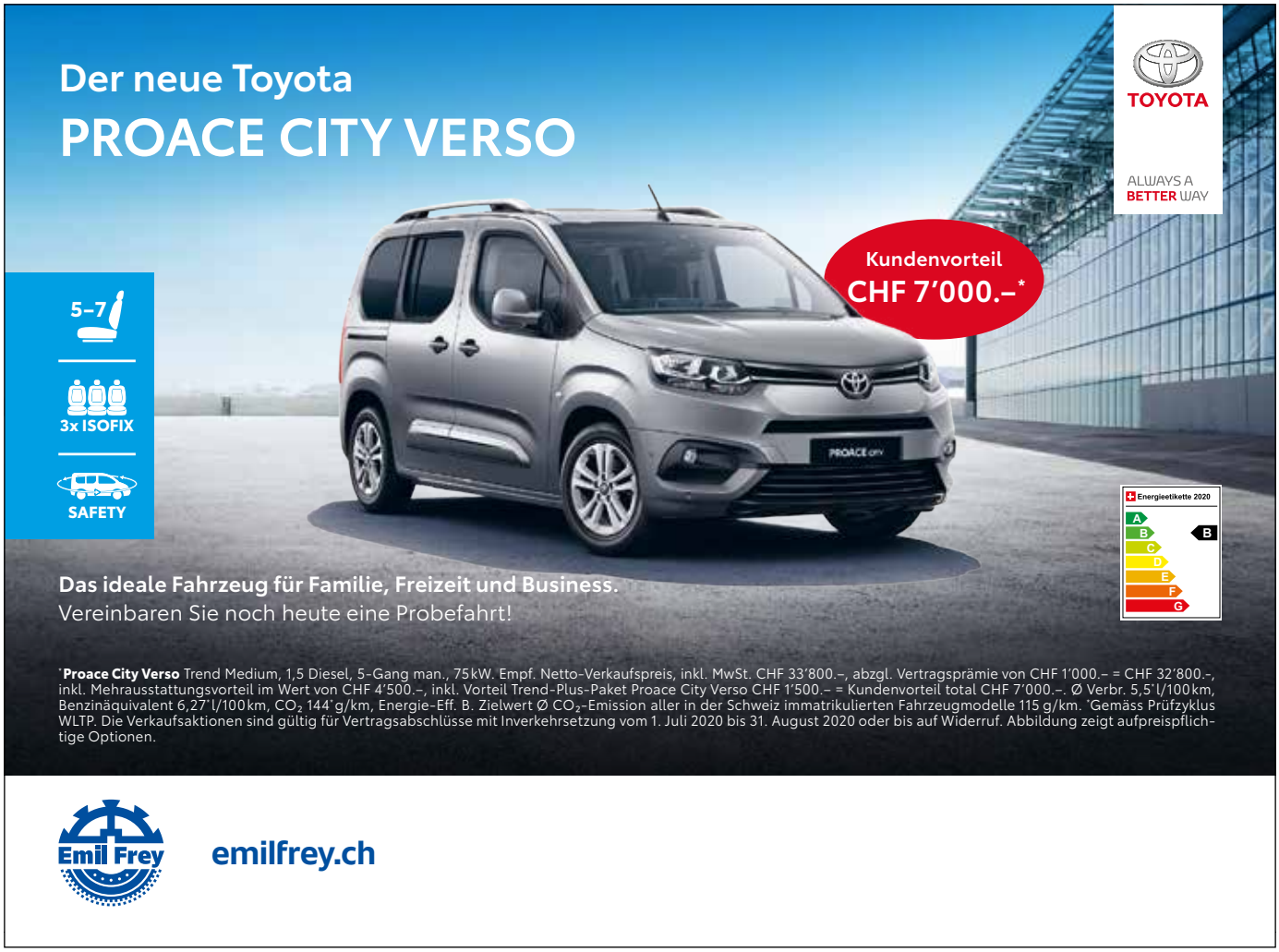
- Bundesbeamte horteten schon im März eine Million Corona-Schutzmasken nur für Eigenbedarf. Das Bundesamt für Gesundheit hat nicht eingegriffen. Bundesrat Berset kündigt nun nachträglich «Konsequenzen» an. Ob diese die Corona-Opfer posthum erreichen?

- Gemäss Bundesgesetz vom 19. Juni 2020 soll älteren Arbeitslosen künftig eine Überbrückungs- (sprich Entlassungs-) Rente ausgerichtet werden. Sie würden dann noch bedenkenloser auf die Strasse gestellt.

Tröstlich bleibt: Dem «einig Volk von Brüdern» steht die Möglichkeit offen, an der Wahlurne u.a. die folgenden Entscheidungen zu treffen: Reduktion der Zuwanderung mit einem Ja zur Begrenzungs-Initiative. Nein zur Entlassungs-Rente. Ja zu einer glaubwürdigen Milizarmee mit modernen Kampfflugzeugen.

Wir haben es in der Hand. Wir müssen es nur umsetzen!

Charly Pichler *pichler@thurweb.ch*



Warum brauchen wir moderne Kampfflugzeuge?

Moderne Kampfflugzeuge sind unverzichtbare Respektsgebilde mit starker dissuasiver (abhaltender, abschreckender) Wirkung. Mit ihrer Kampfkraft und Schnelligkeit dokumentieren sie unmissverständlich unsere Entschlossenheit, unsere Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Mit einem Verzicht auf neue Kampfflugzeuge würden wir uns als wehrlos, schwach und unsicher präsentieren und in der Welt – auch als Wirtschaftsstandort – an Respekt verlieren.

Es ist eine Binsenwahrheit: Es gibt heute und morgen vielerlei Bedrohungen für unser Land: Terror, elektronische Kriegführung, wirtschaftliche Krisen, Arbeitsplatzverlust, Umweltprobleme, unkontrollierte Zuwanderung, importierte Kriminalität, Werteverlust und dergleichen mehr. Auch ein militärischer Konflikt – obwohl derzeit nicht in Sicht – kann nicht ausgeschlossen werden. Militärische Aktionen beginnen oft mit Verletzungen des Luftraumes und verlangen eine sofortige «flexible Antwort». Darum brauchen wir neben andern Mitteln auch moderne Kampflugzeuge.

Die Gewährleistung der Sicherheit ist bekanntlich die erste Staatsaufgabe. Dazu gehört auch eine glaubwürdige Armee, die unsere Bevölkerung und unser Land im Fall einer Bedrohung oder eines Konfliktes schützen und verteidigen kann. Artikel 58 der Bundesverfassung sagt unmissverständlich, was unsere Armee leisten muss: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.»

Ohne eine moderne Luftwaffe, die von der Aufklärung über die Luftpolizei bis zum Verteidigungskampf alle Bereiche abdeckt, ist die Erfüllung dieses verfassungsmässigen Kernauftrags unmöglich. Wir würden auch der völkerrechtlichen Verpflichtung, die uns die bewaffnete Neutralität auferlegt, nicht nachkommen. Ein modernes Kampfflugzeug ist ein überzeugender Tatbeweis, dass wir ohne Wenn und Aber entschlossen und in der Lage sind, unsere Sicherheit, unsere Freiheit und Unabhängigkeit zu schützen und zu verteidigen.

Wer hingegen auf das Prinzip Hoffnung setzt und sich der Wehrlosigkeit preisgibt, handelt fahrlässig und verliert zudem international an Vertrauen und Respekt. Sicherheit hat ihren Preis – die Wehrlosigkeit einen noch viel höheren. Darum Ja zu neuen Kampfflugzeugen am 27. September!

Hans Fehr

Unsere Forderungen für eine stärkere Schweizer Armee:

Milice OUI armée
www.gruppe-giardino.ch

Miliz JA Armee
www.gruppe-giardino.ch

Esercito SI di milizia
www.gruppe-giardino.ch

Armada GIE da milissa
www.gruppe-giardino.ch

Gruppe Giardino,
Postfach 7701,
6300 Zug,
info@gruppe-giardino.ch
IBAN:CH94 81177000002885791

Klimapolitische Ekstase

Unzensiert

Vor rund einem Jahr wäre er in den Mainstream-Medien rauf und runter diskutiert worden. Heute ist er nicht einmal im Sommerloch eine nachhaltige Schlagzeile: Der Plan der Grünen Partei Schweiz für eine «klimapositive Schweiz».

Die Grünen wollen die Treibhausgasemissionen schneller reduzieren als Bundesrat und Parlament. Bereits bis 2040 (statt 2050) sollen die Emissionen auf Nettonull reduziert werden. Darüber hinaus sollen der Atmosphäre mehr Emissionen entzogen, als in diese ausgestossen werden. Für die Umsetzung schlägt die Partei ein Sammelsurium neuer Verbote und Abgaben vor. Beispielsweise soll eine weitere Abgabe für die Strassenbenutzung eingeführt werden («Mobility Pricing»). Die Emissionsgrenzwerte für Autos sollen (noch) tiefer angesetzt werden. Ab 2030 soll es neue Fahrzeuge nur noch mit Elektrizität oder mit Wasserstoff geben, ab 2035 nur noch erneuerbare Flugtreibstoffe. Der Fleischkonsum soll reduziert, Sanierungspflichten für Gebäude sollen erweitert werden. Zur Finanzierung von Gebäudesanierungen wollen die Grünen eine Klimabank – und so weiter und so fort.

2019 überboten sich die Parteien darin, neue Klimaschutzmassnahmen zu fordern. Inwieweit durch diesen Aktivismus das weltweite Klima tatsächlich beeinflusst werden könnte, interessierte nicht. Verschiedene Städte riefen den Klima-Notstand aus. Nur noch Superlative genügten, um klimapolitisch gehört zu werden. Dann kam Corona, und es kam ein echter Notstand. Menschen hatten und haben mit konkreten Probleme zu kämpfen. Das Interesse an klimapolitischen Ekstasen ging zurück. Neue Steuern und Abgaben für diffuse Zwecke sind in wirtschaftlich angespannten Lagen schwer zu vermitteln.

Das Verhalten der Grünen hat vor diesem Hintergrund eine gewisse Logik: Je weniger Interesse die Öffentlichkeit an Klima-Aktivismus hat, desto radikaler werden die Forderungen, um im Gespräch zu bleiben. In der Mitte der Gesellschaft dürfte dieses Vorgehen aber die Skepsis bestärken. Es würde auch nicht verwundern, wenn die Zustimmung zur Revision des CO_2-Gesetzes mit neuen Verboten und Abgaben (Benzinpreiserhöhung, Flugticketabgabe) im Rahmen einer Volksabstimmung bröckelt. Im Kanton Bern steht die Einführung eines neuen Klimaartikels vor dem Aus, die kantonale Regierung erachtet ihn inzwischen als unnötig.

Laute Klimapolitik ist nicht automatisch gute Klimapolitik. Möglicherwiese wird diese Erkenntnis gelegentlich wieder mehrheitsfähig.

Patrick Freudiger

Personenfreizügigkeit

Was sagt die Wissenschaft?

LÜCKEN

Die freie Einwanderung aus der EU in die Schweiz soll gemäss Begrenzungs-Initiative neu verhandelt oder bei Misserfolg gekündigt werden. Interessant ist, dass wissenschaftliche Erkenntnisse über die Folgen freier Einwanderung längst bekannt sind, aber von den Staats- und Leitmedien totgeschwiegen werden. Laut dem hervorragenden Lehrbuch INTERNATIONAL ECONOMICS von Krugman & Obstfeld steigert massvolle Einwanderung gefragter Spezialisten den Wohlstand im Einwanderungsland. Masseneinwanderung hingegen bewirkt das Gegenteil und drängt ältere Inländer in die Arbeitslosigkeit. Zwei Hauptgründe sprechen für die Rückkehr zu massvoller Einwanderung:

Auffüllungseffekte: Öffnet ein kleines Land wie die Schweiz mit hohen Löhnen und Sozialleistungen seine Grenzen für einen Arbeitsmarkt von 500 Millionen mit tieferem Lohn- und Rentenniveau, ergibt das einen Anreiz zu Masseneinwanderung. Überfüllungseffekte sind die Folge. Die Einwanderung erfolgt so lange, bis der Einwanderer keinen Nettonutzen mehr erzielt. Das wird dann der Fall sein, wenn unser Wohlstand auf EU-Niveau heruntergewirtschaftet sein wird.

Produktivitätsargument: In der Schweiz herrschte vor der Personenfreizügigkeit oft Arbeitskräftemangel. Dieser führte zu Lohnsteigerungen. Nehmen wir an, ein Arbeiter mit 50 Franken Stundenlohn produziere in einer Stunde 1'000 Schrauben. Steigt nun sein Lohn auf 55 Franken (Grenzkosten), müsste er 1'100 Schrauben (Grenzproduktivität) produzieren, um seine Arbeit nicht zu verlieren. Das wäre vielleicht durch Anschaffung einer entsprechenden Maschine möglich.

Solches war jahrzehntelang ein Erfolgsrezept in unserem Land. Lohnerhöhungen und steigende Wechselkurse wurden durch Produktivitätserhöhungen aufgefangen, ermöglicht durch mehr Kapitaleinsatz. Der Wohlstand stieg, weil das Sozialprodukt pro Kopf stieg. Heute ist es umgekehrt: Die Wirtschaftsleistung des ganzen Landes steigt zwar etwas wegen der Einwanderung – entscheidend ist jedoch, dass die Wirtschaftsleistung pro Kopf stagniert oder sogar sinkt.

In der EU ist die Wohlstandsangleichung durch Personenfreizügigkeit ein ideologisch-politisches Ziel. Daran teilzunehmen, kann nur auf Kosten unseres Wohlstandes und unserer Lebensqualität gehen. Darum JA zur Begrenzungs-Initiative!

Markus Eckstein, Goldach

Aus den «Sümpfen von Bern»

Es waren wieder einmal «Schweizer»!

von Thomas Matter, Unternehmer und Nationalrat, Meilen ZH

In Oberwil im Kanton Zug ist es auf einem Parkplatz zu einem gewaltsamen Streit, zu Tätlichkeiten und einem Angriff mit einem Auto zwischen zwei Familien-Clans gekommen. Der «Blick» schreibt über die Täter fünfmal das Wort «Schweizer». Lesen Sie dazu nachstehend meinen Kommentar.

Man kann kaum glauben, was in unserer Schweiz mittlerweile los ist: Wegen eines Fahrmanövers ist es auf einem Parkplatz in Oberwil im Kanton Zug zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen gekommen. Zwei Familienclans haben aufeinander eingeprügelt, ein Auto ist absichtlich in Personen gefahren, es hat Verletzte gegeben. Der 56-jährige Lenker des Autos sei ein Schweizer gewesen – dies betont der «Blick» nicht weniger als fünfmal. Die andere beteiligte Familie stammt aus dem Irak.

Ich habe mir gedacht, wenn der «Blick» fünfmal betonen muss, einer der Täter sei ein Schweizer, muss etwas faul sein. Ich persönlich kenne keine Schweizer Familie, wo der ganze Clan inklusive Frauen im Beisein von Kindern eine andere Familie verprügelt. Und ich habe von einer bestens informierten Quelle in der unmittelbaren Nachbarschaft eine ziemlich andere Version gehört.

Gemäss Quelle hat es beim Parkplatz in Oberwil ein Riesengeschrei gegeben und eine Prügelei, bei der sich die Frauen wacker beteiligt haben. Man wollte ein Auto zertrümmern. Alle möglichen Sprachen waren zu hören, aber keine der vier Schweizer Landessprachen.

Etwa nach 15 Minuten kam die erste Polizeipatrouille. Ein Fahrer in einem BMW – der sogenannte Schweizer, jedoch mit türkischem Akzent – hatte sich aus Angst im Auto eingeschlossen und blutete am Kopf. Als die Polizei ihn einvernehmen wollte, sei ein grosser, schwerer Mann sofort wieder auf ihn losgegangen und die Polizei musste ihn zurückhalten.

Die wüste Prügelei mit vier Männern, fünf Frauen und fünf kreischenden Kindern kostet die Steuerzahler wieder viel Geld: Drei Polizeipatrouillen, ein Notarzt mit Einsatzfahrzeug, zwei Rettungsfahrzeuge mit je zwei Sanitätern, ein Abschleppfahrzeug mit zwei Männern.

Später kommen Strafverfolger, Staatsanwälte, wahrscheinlich Pflichtverteidiger und weiteres Infrastruktur-Personal dazu.

Mir fällt einfach folgendes auf – nicht nur im «Blick», sondern auch im «Tagi» und in «20 Minuten»: Immer, wenn es sich um angebliche Schweizer handelt, wird die Nationalität betont. Wenn es aber um nicht integrierbare Ausländer geht, steht entweder gar nichts oder allenfalls ganz am Schluss noch etwas über die Nationalität. Warum die Journalisten den Lesern nicht reinen Wein einschenken wollen, ist mir ein Rätsel. Was haben sie davon? Ich hoffe doch sehr, dass ein paar Journalisten den Mut haben, sich zu diesem Thema mit Kommentaren zu äussern.

Thomas Matter

Wer nicht weiss, wo er steht, kann auch nicht verständlich kommunizieren. Deshalb erarbeiten wir mit unseren Kunden als Erstes eine genaue Lageanalyse. Das ist die Grundlage des Erfolgs!

Positionierung
abgel. v. «Position»; <lat.> positio (Stellung, Lage)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Hinter feindlichen Linien

Facebook hasst unsere Meinungsfreiheit

In der Schweiz herrscht der Konsens, dass wir als nationale Gemeinschaft bestimmen, was gesagt werden darf und was nicht. Das Strafrecht und üble, politisch missbrauchte Regelwerke wie das «Anti-Rassismus»-Gesetz geben Leitplanken vor. Das meinen wir zumindest immer noch.

Doch in der Realität bestimmen in vielen Fällen linke Tech-Konzerne aus den USA, was wir hier in unserer direkten Demokratie veröffentlichen dürfen. Die neue Wunderwaffe des linken Zeitgeistes heisst «Hassrede». Unter diesem Schlagwort löscht zum Beispiel Facebook viele Beiträge, die sich kritisch mit den zerstörerischen Folgen der Masseneinwanderung auseinandersetzen. So hat der linke Tech-Konzern ein Video als «Hassrede» gelöscht, welches zeigt, wie zwei schwarze Asylanten im Zürcher Kreis 4 auf einen Passanten losgehen, ihm die Kleider vom Leib reissen und mit Fäusten ins Gesicht schlagen.

Wie kann ein Video, das ja lediglich die Realität widergibt, «Hassrede» sein? Dieser Widerspruch zeigt exemplarisch, dass es sich bei der Einschränkung der Meinungsfreiheit um eine politische Agenda handelt. Die Realität spricht keine Millisekunde für den linken Zeitgeist. Wer mit offenen Augen und wachem Verstand die Welt betrachtet und sieht, wie die Masseneinwanderung ganze Staatsgebiete austauscht und unsicher macht, der wählt keine linken Politiker. Deshalb gilt nun das Abbilden dieser Realität als verbotene «Hassrede».

Der zurzeit grösste Feind unserer freien Gesellschaft sind die linken Kartellmedien, welche lügen, Fakten totschweigen, verdrehen und nun auch löschen. Zu den klassischen Kartellmedien wie dem «Tages-Anzeiger» gesellen sich nun auch die sozialen Medien. Da sich pro Monat rund 3,5 Millionen Schweizer regelmässig auf Facebook bewegen, dürfen wir die schädliche Wirkung auf unsere direkte Demokratie nicht unterschätzen. Facebook ist eine meinungsbildende Plattform. Die Schweizer Politik muss den linken Tech-Konzern zu einer Netzneutralität verpflichten, die sicherstellt, dass er alle Fakten und Meinungen auf seiner Plattform gleich behandelt.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Churz&Bündig

Dass ein aus dem Orient Zugezogener den Schweizern dringend zur Teilnahme an «Integrationskursen» (SonntagsZeitung, 9.8.2020) rät, weil die Zuwanderer die Schweizerinnen und Schweizer bald in die Minderheit versetzen werden, lässt die Öffentlichkeit möglicherweise erwachen. Dem Mann aus dem Orient, sich selber als «Migrationsexperte» bezeichnend, ist eigentlich zu danken. Denn er spricht offen aus, was Frau Karin Keller-Sutter (mit allen Funktionären der Wirtschaftsverbände im Schlepptau) ebenfalls ganz genau weiss und registriert, aber nie offen zuzugeben bereit wäre. Denn der Mammon, die nackte Raffgier regiert: Billige Ausländer rein, teurere Schweiz raus – allenfalls mitsamt der Schweiz! Zur Tarnung der üblen Zielsetzung werden die Verdrängten mit einer «Entsorgungsrente» abgefunden.

Ob den Schweizern allmählich dämmert, was ihnen blüht, wenn sie sich von Frau Karin Keller-Sutter zu einem Nein zur Begrenzungs-Initiative verführen lassen?

us

*

Der einzige Platz, wo eine Frauenquote von genau 50 Prozent Sinn macht, ist die Ehe.

al

Ganztätige Veranstaltung des Protestantischen Vereins Kirche und Glaube

am Samstag, 19. September 2020,
im Zentrum Rämismühle,
Mühlestrasse 8,
8487 Rämismühle

09.30 Uhr	**Rahmenvertrag mit der EU, Referat von Dr. Ulrich Schlüer**
11.45 Uhr	Mittagessen für Angemeldete
13.30 Uhr	**Was steht im Koran und der Hadithe geschrieben? … und die Botschaft von Jesus Christus Referat von Willy Schmidhauser**
16.00 Uhr	**Filmvorführung: Die unbequeme Wahrheit über den Islam**

Obligatorische Anmeldung bis 10. September 2020 an info@pvkg.ch oder an das Sekretariat PVKG, Laubeggstrasse 5, 9220 Bischofszell, Telefon: 071 640 01 30 / Fax: 071 640 01 31

Die Welt von gestern und von heute

Betrachtungen einer älteren Frau

Im Januar 1938 wurde ich in eine arme Arbeiterfamilie geboren und wuchs mit einem zwei Jahre älteren Bruder auf. Am 1. September 1939 brach bekanntlich der Zweite Weltkrieg aus. Die Wohnbevölkerung der Schweiz zählte damals knapp vier Millionen Einwohner, heute sind es mehr als doppelt so viele.

Die Schweiz wird heute ausverkauft (s. Andermatt oder Bürgenstock) oder zubetoniert. Die Weltbevölkerung wächst und wächst, und alle brauchen Nahrung. In der Schweiz leben 25 Prozent Ausländer, Asylsuchende nicht mitgezählt. Fast alle Einbürgerungen müssen wir tolerieren; stimmen wir nicht zu, können die Gesuchsteller bis vor Bundesgericht gehen und müssen dann in der Regel eingebürgert werden.

Fahre ich durch «Europa» oder die Türkei, sehe ich weite Felder, viel unbebautes Land, wovon wir nur noch träumen können. Auf unseren einstigen Äckern stehen billige Gebäude von Lidl und Aldi mit riesigen Gratisparkplätzen. Statt Kartoffeln oder Gemüse anzupflanzen, kauft man diese in Plastiksäcken in diesen Warenhäusern. Unser Wohlstand und unsere grosszügigen Sozialleistungen locken Menschen aus allen Ländern an, und alle möchten im selben Wohlstand leben wie wir. Anlaufstellen klären diese Menschen auf, vor allem über ihre Rechte, von Pflichten spricht niemand. Die Kriminalität nimmt zu, mehr als die Hälfte der Inhaftierten sind Ausländer. Unsere Haftbedingungen sind wenig abschreckend. Sühne und Strafe sieht anders aus. In den Gefängnissen der Herkunftsländer gibt es kein Diätmenue, von 4-Sterne-Köchen zubereitet.

Wir wohnten früher in einer bescheidenen Mansardenwohnung, hatten weder Bad noch Dusche noch Heisswasser. Im Wohnzimmer stand ein Holzofen, den wir einheizen mussten, es war der einzige warme Ort in unserer Wohnung. Wir hatten keinen Kühlschrank, kauften alle verderblichen Lebensmittel täglich ein. Die Waschküche konnten wir nur alle sechs Wochen benützen. Die «kleine Wäsche» machte unsere Mutter zwischendurch. Die Waschtage waren sehr anstrengend, denn die schwere nasse Wäsche musste vom Heizkessel in den Spültrog gehievt und dort von Hand gespült werden, bevor man sie in die Schleuder geben konnte. Heute sind die Kleiderläden übervoll, die Einkaufsmöglichkeiten per Internet viel zu einfach, niemand denkt daran, wieviel Energie die Herstellung und die Lieferung der Waren brauchen.

Klimaschutz ist das aktuelle Schlagwort, niemand möchte jedoch nur annähernd so leben wie wir damals. Kein Asylant muss bei uns so bescheiden leben, er kommt aus bitterer Armut in ein Wohlstandsland und glaubt, dass das wohlverdiente Geld auf der Strasse liegt. Dass es erarbeitet wurde, merkt er nicht, denn ihm wird alles angeboten, ohne dass er etwas dafür tun muss.

Von Deutschen und andern Europäern höre ich immer wieder: Ihr wurdet ja verschont vom Krieg. Wurde Schaffhausen nicht bombardiert? Bei Fliegeralarm mussten wir in den Luftschutzkeller, und unsere Väter waren mit Unterbrüchen jahrelang im Aktivdienst. Die Mütter mussten zu Hause mit wenig Geld alleine zurechtkommen. Die Lebensmittel waren rationiert, jeden Monat bekam man für die 4-köpfige Familie eine entsprechende Karte. Aber auch die Märkli nützten nichts, wenn das Geld fehlte.

Plastiksäcke, eingepackte Lebensmittel oder PET-Flaschen waren nach dem Krieg noch nicht im Handel. Wasser aus einem Glas am Mittagstisch oder zwischendurch war bei uns normal. Es gab keine Selbstbedienung. Eine Verkäuferin füllte z.B. 500 Gramm Reis in einen Papiersack, und vieles wurde in Zeitungspapier eingewickelt.

Wir kannten weder Haushaltpapier noch Kleenex oder Pampers. Die Abfallsäcke voller Windeln stören die heutigen jungen Mütter nicht, Hauptsache es geht schnell. Dass diese Wegwerfwindeln ganz viel Chemie enthalten, um saugfähig zu sein und das Kind trocken zu halten, versteht sich von selbst. Das Leben früher war mit viel Arbeit verbunden, dafür schützten wir die Umwelt.

Erster Schultag an einer Volksschule in Wien. Und morgen auch bei uns? Unsere Antwort: Begrenzungs-Initiative JA! (zugesandt von Emil Grabherr, Weggis LU)

Beim Klimaschutz geht es vor allem um Energie, Autos und neuerdings Kühe. Die jungen Leute wissen gar nicht, um was es geht. Sie möchten weder auf die warme Wohnung noch auf die tägliche Dusche mit viel Duschmittel verzichten. Kaum sind sie 14 Jahre alt, dürfen sie Mofa fahren. Das Geburtstagsgeschenk zum 18. ist der Lernfahrausweis, und schon bald kurven sie im Schnelltempo auf den eh schon verstopften Strassen herum. Man fährt vielleicht ein Elektroauto. Auch dieses muss gebaut werden, braucht Batterien, Reifen und verstopft die Strassen. Täglich hört man von Staumeldungen, Unfällen und Baustellen. Ich machte meinen Führerschein mit 33 Jahren. «Wer sparen will, muss auch entbehren können!»

28 Jahre lang lebte ich ohne Telefon. Unvorstellbar in der heutigen Zeit, wo man mit der ganzen Welt in Verbindung ist. Dass es Antennen und Strom braucht, interessiert niemanden. Oder glauben Sie, dass die jungen Klimaschützer auch nur ein wenig darauf verzichten würden? Wohl kaum, die Schüler demonstrieren am Freitag. Die Wochenenden wollen sie frei haben.

Unsere Freizeit bestand aus Arbeit, aber auch aus Spass. Im Wald Kleinholz sammeln, im Gemüsegarten mithelfen, überall brauchte man eine helfende Hand. Pfadi war eine grosse und lehrreiche Abwechslung. Heute will man fun und events. Nicht nur am freien Samstag vergnügen sich die jungen Leute im Ausgang, auch unter der Woche sind sie unterwegs im Kino, in Bars, und es fliesst reichlich Alkohol. In meiner Jugendzeit gab es an einem bunten Abend oder Pfadiabend keinen Alkohol, und wir hatten es dennoch lustig.

Heute ist jemand arm, wenn er im Sommer keine Inselferien machen kann. Im Winter gehört eine Superausrüstung dazu, sonst fühlen sich diese Kinder diskriminiert. Skifahren ist Pflicht, und wenn es nicht geschneit hat, hilft man nach. In Ischgl beschneien 1'000 Schneekanonen die Pisten. Sie brauchen viel Strom und Wasser. 12'000 Gästebetten wollen besetzt sein den ganzen Winter. Dass diese Urlauber mit dem Auto anfahren versteht sich von selbst, wohin sonst mit dem Gepäck? Die Schweiz steht gewiss nicht hintenan.

Am 1. August machten wir uns jeweils mit einem Lampion in der Hand mit den Eltern zum Stadthaus und warteten auf die 1. Augustrede einer bekannten Person. Zwei Schächteli bengalische Zündhölzer hatten wir auch noch dabei, und wir durften diese vorsichtig anzünden. Ab und zu sah man einen roten Vulkan, oder einen, der Sterne sprühte. Wir suchten die Umgebung ab nach einem Höhenfeuer, das gehörte zur festlichen Stimmung. Wie bescheiden und zufrieden wir doch waren. Heute muss es knallen. Die Deutschen gaben am Sylvester 137 Millionen Euro aus für Feuerwerk und produzierten 4'500 Tonnen Feinstaub. Der Tourismus bringt so viele Menschen in die Schweiz, dass sogar eine zweite Bahn aufs Jungfraujoch gebaut wird, dies vornehmlich für asiatische Touristen. Die Landschaft wird zerstört und die Umwelt verschandelt. Weshalb diese Landschaftsverschmutzung? Die Touristen ziehen nach ein paar Selfies wieder weiter nach Interlaken, Montreux, Luzern und Zürich. Man sieht die Gegend kaum mehr, so viele Leute stehen in den Gassen, auf Brücken und auf den Aussichtspunkten in den Bergen. Aber die Wirtschaft muss wachsen, so will es die Politik.

In der Adventszeit lernten wir jeweils fürs Krippenspiel. Dies ist heute verpönt, ebenso Weihnachtslieder. Die Schulbehörden und Lehrer passen sich der moslemischen Minderheit an. Der Religionsfreiheit und «Multikulti» wird bei uns zu viel Bedeutung geschenkt. Die moslemische Bevölkerung wächst rasant. Die Mädchen sollten besser geschützt und geschult werden, und dies nicht nur in der Schweiz.

Früher hörte man aus den Schulzimmern noch «S Schwyzerländli isch nu chli, aber schöner chönnt's nid sy» Heute lernen unsere Kindergärtler türkische Lieder, um Gspänli aus fremden Ländern zu «integrieren» (Wer muss sich da wohl integrieren?). Der Examenweggen wird mit einer Pouletwurst gefüllt, obwohl unsere Kinder sie nicht mögen. Wann sind wir wieder stolze Schweizer, die ihre christlichen Traditionen pflegen?!

Nein, ich lebe nicht mehr in Armut, aber ich erinnere mich noch, wie es war, ganz im Gegensatz zu unsern sozialdemokratischen Politikern, die keine Ahnung haben vom Leben in einer Arbeiterfamilie. Sozialhilfe kannten wir nicht, mein Vater musste sogar noch seine Mutter unterstützen. Mit viel Verzicht und eisernem Willen, aber aus eigener Kraft, haben sich meine Eltern hochgearbeitet. Wir hatten kein Bankbüchli, somit auch keinen Zins. Heute haben wir ein Bankkonto – aber es gibt praktisch wieder keinen Zins. Die Bankenchefs verdienen bis 16 Millionen Franken im Jahr, da bleibt für einen Kleinaktionär nicht mehr viel übrig.

Wo sind die gemütlichen Cafés geblieben? Japanisch, chinesisch, thailändisch und italienisch essen kann man in der Schweiz so oft man will, nur Schweizer Restaurants muss man bald suchen. Die jungen Leute bevorzugen Mac Donalds und Starbucks.

Die kleine Schweiz braucht keine Mauer und keine Personenfreizügigkeit. Sie braucht eine starke Politik, die Grenzen setzt.

Anna Müller, Winterthur

Eine Reminiszenz

Ausflug in unsere Geschichte

von Daniel Keller, Mitarbeiter «Schweizerzeit»

Am 10. Juli war in Flaach nur das Plätschern des Dorfbrunnens zu vernehmen, als in der Frühe ein hochmoderner Doppelstock-Car der Firma Moser in die Webergasse einbog und der Chauffeur Edin Zejnoski vor dem «Schweizerzeit»-Riegelhaus acht Personen einstiegen liess. Während der Fahrt nach Zürich liessen die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne erahnen, dass uns ein gleissender Sommertag bevorstehen würde. Um 7.30 Uhr trafen wir auf dem Busparkplatz im Zürcher Stadtzentrum ein, wohin weitere fünfzig geschichtsinteressierte Personen den Weg gefunden hatten.

Nachdem der «Schweizerzeit»-Chefredaktor Ulrich Schlüer die gutgelaunte Schar übers Mikrofon begrüsst hatte, übergab er das Wort an Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg. Eingeübte Teilnehmer solcher Reisen wissen längst, dass sich die Gewinnung des in Windisch (AG) wohnhaften promovierten Historikers auch für heute als Glücksfall erweisen sollte. Obwohl uns ein Eintauchen in bedeutsame Orte bevorstand, die sich allesamt im Umland Berns bzw. in dessen ehemaligem Untertanengebiet ereignet haben, verstand es Jürg Stüssi, kurz nach der Weiterfahrt einen historischen Bezug zur Stadt Zürich herzustellen: Für etwelche Kriegswirren vor dem Einfall Napoleoni-scher Truppen in die Schweiz stehe symbolisch immer noch das Winzermuseum Höngg. Ein dort aufbewahrtes Rebmesser erinnere an die 1799 erfolgte «Zweite Schlacht bei Zürich», ausgelöst von der aufmüpfigen Landbevölkerung gegen die Aristokraten in der Stadt. Diese Jahre waren auch geprägt vom Einmarsch der Franzosen unter General von Schauenburg. Den Untertanengebieten St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt brachten sie zwischen 1803 und 1815 volle Autonomie als eigenständige Kantone. Umgekehrt brachten in der gleichen Zeit die Habsburger die Befreiung der Schweiz vom Joch der Franzosen zustande.

Während der Fahrt auf der Autobahn verwies Jürg Stüssi auf etliche im heutigen Aargau thronende Burgen (Lenzburg, Habsburg, Brunegg, Aarburg). Dass Schlachten überdurchschnittlich häufig im Aargau stattgefunden hätten, lag an seiner Geografie: Im Wasserschloss-Einzugsgebiet fanden die Grenzen des Zunftstandes Zürich, der Freien Ämter wie des Alt-Berner Territoriums zusammen.

Beim Basel-Tor referierte Jürg Stüssi eindrücklich über die Solothurner Geschichte. Diesem 1481 in die Eidgenossenschaft aufgenommenen Stand falle eine derart wichtige Stellung zu, dass Berns Ambassador nach feierlicher Einsetzung als erste Handlung immer einen Besuch in Solothurn abstattete. Neben der Nennung einiger Kommandeure (von Büren, Altermatt, Thormann usw.), betonte Stüssi, die Konstituierung der kurios verlaufenden bernisch-solothurnischen Grenze sei mit geschickter Vermittlung unblutig zu-stande gekommen.

Bei Fraubrunnen besuchten wir an verkehrsreicher Strasse im Schatten eines alten Lindenbaums das Schlachtdenkmal Tafelenfeld, das an die Gefallenen vom März 1798 erinnert, darunter auch an tapfere Frauen wie die zu Hilfe geeilte Anna Bütikofer-Tüscher. Alle an helvetischer Zeitgeschichte Interessierte überkommt beim Anblick von Schlachtdenkmälern ein unheimlicher Gedanke: «Den Gefallenen zur Ehre, der Nachwelt zur Lehre».

Etwas später trafen wir bei der Landvogtei in Fraubrunnen ein, deren mit zwei Löwen verziertes Wappen an die Gründung durch die Grafen von Kyburg erinnert. Die Fahrt ging weiter nach Jegenstorf, wo wir Gelegenheit erhielten, das 1944/45 von General Guisan als Kommandoposten bewohnte Schloss zu besuchen. Darauf stapften wir auf einem schmalen Waldweg hinan zum Schlachtdenkmal, das auf einem Hügel bei Moosseedorf steht und hier an die am 5. März 1798 unter General Karl Ludwig von Erlach gefallenen Kämpfer erinnert. Erlach selbst wurde auf dem Heimweg in Wichtrach ermor det. Die dortige Kirche trägt die Inschrift: «Ein Opfer verwirrter Zeit».

Das Erlauschen der eloquenten Schilderungen von Jürg Stüssi-Lauterburg, gepaart mit aufkeimender Hitze, liess die Besucher hungrig werden. Und so kam das Eintreffen des Cars mitten in der Stadt Bern gelegen, wo

Jürg Stüssi-Lauterburg (Mitte) versteht es, Geschichte packend zu vermitteln.

Die Zähringerstadt Bern wurde von den Franzosen um den Staatsschatz «erleichtert».

sich plötzlich das «Alte Tramdepot» vor unseren Augen befand. Zum Mittagessen gab es Kalbsbratwurst mit Rösti und zum Dessert Süssmostcrème. Nach diesem üppigen Mahl kam jedermann zupass, dass man den nächsten Part zu Fuss absolvieren musste: Weil zu erahnen war, wie interessant sich die Entstehung der 1191 von den Zähringern gegründeten Stadt Bern erzählen liess. Beim Ländtetor betrachteten wir das an Berchtold von Zähringen erinnernde Denkmal. Berner Patriziergeschlechter strahlen bis heute ruhmreiche Bedeutung aus. Ein Bummel durch einige Gassen schuf Gelegenheit, sich mit mitreisenden Gegenübern auszutauschen.

Der Einfall der Franzosen brachte am 5. März 1798 auch in Neuenegg viele Tote, dessen Gedenkstein wir in einer Waldlichtung besichtigen konnten. Für den im Prospekt angekündigten Besuch des Brambergs reichte die Zeit nicht mehr. Der Abstecher hätte eine gehörige Zeitreise bedeutet, erinnert sein Denkmal doch an die Schlacht bei Laupen im Jahr 1339 [!]. Schon damals schwelte ein fulminanter Stadt-Land-Konflikt, aus dem die Stadt Bern siegreich hervorging. Erst 1902, als die Architekten des jungen Bundesstaates an demonstrativ zentraler Lage das Bundeshaus erbauen liessen, dämmerte den letzten Patrizier-Honoratioren, im Burgerstand angekommen zu sein und ihre einstigen Privilegien verwirkt zu haben.

Nun fuhr uns Chauffeur Edin wieder in die Nähe Berns, wo der majestätische Landgasthof «Schönbühl» eine ausgezeichnete Kulisse für den Apéro bot und uns ein leckeres Nachtessen erwartete. Während sich über den sanften Hügel der Umgebung die Wolken zu türmen begannen und bald heftiger Regen einsetzte, liessen wir im Kollektiv bei Tisch die tagsüber gesammelten Eindrücke Revue passieren. Eine müde, aber um veritable Eindrücke reicher gewordene Teilnehmerschar kehrte zur Nacht auf den leeren Zürcher Busparkplatz zurück.

Daniel Keller

JA zur massvollen Zuwanderung

Masseneinwanderung in Zahlen

- Im Jahr 2006 zählte die Schweiz 7,6 Millionen Einwohner. Bis 2019 wuchs die Einwohnerzahl auf 8,6 Millionen. Es erfolgte also eine Bevölkerungszunahme von einer Million in nur 13 Jahren (77'000 Personen pro Jahr).
- Jahr für Jahr nimmt die in der Schweiz wohnhafte Bevölkerung also in der Grösse der Stadt St. Gallen zu.
- Setzt sich die Masseneinwanderung fort, wohnen bereits 2032 zehn Millionen Menschen in der Schweiz.
- Die Einwanderung erfolgt vor allem in die unproduktiven Wirtschaftszweige – ins Gastgewerbe (elf Prozent), ins Baugewerbe (neun Prozent), in kaufmännische (Hilfs-) Berufe (acht Prozent).
- In Wachstumsbranchen erfolgt unterdurchschnittliche Einwanderung. Informatik: vier Prozent, Medizinalberufe: drei Prozent, Ingenieurstellen: drei Prozent.
- Von Ausländern im AHV-Alter beziehen 25,4 Prozent Ergänzungsleistungen, von gleichaltrigen Schweizern lediglich 11 Prozent.
- Sozialhilfe beziehen zu 58 Prozent Ausländer – nur zu 42 Prozent Schweizer Bürger.

Ja zur Begrenzungs-Initiative

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 52)

Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH

Für einmal etwas Unpolitisches: Am Sonntag, dem 16. November 1997, nehme ich zum dritten Mal am «Frauenfelder» (Waffenlauf) teil. Wegen der Marathonstrecke von 42,2 Kilometern wird der traditionsreiche Lauf unter Kennern als «König» der Waffenläufe bezeichnet, und er hat es tatsächlich in sich. Ich habe damals zwar schon etliche Waffenläufe absolviert – u.a. mehrmals den St. Galler, den Thuner, den Toggenburger (Lichtensteiger) und den Wiedlisbacher, sowie sieben «Hunderter» in Biel. Denn ich bin der Überzeugung, dass sich Durchstehvermögen und Willensstärke auch in der Politik positiv auswirken.

So weit die Füsse tragen

Aber diesmal bin ich wegen zu wenig Training nur «suboptimal» (wie es ein Edel-Freisinniger ausdrücken würde) vorbereitet, und das wird sich rächen. Im Vorjahr hat mich Ueli Maurer relativ leichtfüssig überholt und mir mehrere Minuten «abgenommen», diesmal ist aber wenigstens diese Gefahr gebannt, denn Maurer kann nicht teilnehmen.

Damals sind die Waffenläufe noch ein Renner mit sehr vielen Teilnehmern, und am Frauenfelder 1997 nehmen immerhin rund 600 Läufer und einige Läuferinnen teil. Bei der alten Stadtkaserne haben sich neben hohen Militärs viele Gäste eingefunden, so u.a. der Thurgauer Ständerat Hans Uhlmann, Regierungspräsident Roland Eberle und Nationalrat Otto Hess. Als besondere Überraschung ist auch EMD-Chef Adolf Ogi mit von der Partie. Er richtet in seinem unverfälschten «Oberlender» Dialekt einige träfe Worte an die Wettkämpfer und erntet Applaus.

Nachdem sich die ganze Gesellschaft, wie in Frauenfeld üblich, auf den Marktplatz verschoben hat, fällt dort punkt 10 Uhr das Startzeichen mit einem Kanonenschuss. Es kommt Bewegung in die Reihen, und alle sind froh, dass es nun losgeht. Die 7,5 kg schwere Packung mit Rucksack und Gewehr trägt sich am Anfang noch ganz bequem. Beim Aufstieg zum Spital wird man von der Masse der Läufer förmlich mitgerissen, angefeuert von einer dichten Menschmenge mit Rufen wie «Mach's guet, Fritz!» oder «z'Wängi git's dänn es Bier!»

Ueli Maurer hat mich am «Frauenfelder» 1996 leichtfüssig überholt – für mich ein fast traumatisches Erlebnis …

Nachdem im Altholz ob Frauenfeld die beiden mühsamen «Kamelrücken» hinter uns liegen, folgt die lange Gerade nach Matzingen, und dann gilt es die giftige Steigung zum Sonnenhof zu bezwingen. Immer noch guten Mutes schaffe ich relativ zügig die 10 km-Marke bei Wängi und kämpfe mich dann mit vielen Leidensgenossen die Steigung beim «Weiler Holzmannshaus» hinauf. Der Schweiss strömt trotz kühler Witterung. Beim Bahnhof Sirnach (Kilometer 16) sind die Gleise auf einer steilen Treppe zu überqueren, die stark in die Knie schlägt. Vom Restaurant Kreustrasse geht es dann weiter Richtung Wil, wo ich kurz vor der Autobahnbrücke in die erste Krise hineinlaufe. Die Beine wollen nicht mehr. Wohl oder übel muss ich einige hundert Meter Fussmarsch einschalten.

Die Beschwerden dauern an bis in die Wiler Altststadt, wo ich die halbe Strecke bewältigt habe. Am Verpflegungsstand verzehren einige Helferinnen herrliche St. Galler Bratwürste. «Genau das brauche ich jetzt», fährt es mir durch den Kopf. Kurz entschlossen kaufe ich einer Dame die halbe Bratwurst ab und verzehre sie gut getarnt in einer Fensterbrüstung.

Nach der kräfteraubenden Steigung beim Wiler Stadtweiher bekomme ich von einer guten Seele einen Becher Coca-Cola und aufmunternde Worte. In aufge-

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI
ZANETTI POSCHIAVO/GR
ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch
Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

räumter Stimmung passiere ich die 25 km-Marke und habe dann die lange Strecke Richtung St. Margarethen vor mir. Ich fühle mich wieder hervorragend, passiere Lommis im berühmten Lauchetal (früher der klassische Raum für mechanisierte Gegenschläge gegen den roten Gegner). Da plötzlich habe ich zu meinem Schrecken den alten Läufer-Konkurrenten Peter Hauser aus Bülach hinter mir. Er bestreitet heute seinen 30. Frauenfelder und kommt mir mit lächelndem Gesicht bedrohlich näher. Gleichzeitig, kurz nach Kilometer 30, fängt meine nächste Krise an. Ausgerechnet jetzt kommt der giftige Aufstieg nach Kalthäusern/Weingarten, und Peter Hauser zieht unaufhaltsam an mir vorbei. «Das ist unkameradschaftlich», rufe ich ihm nach. «Dem Alter gebührt der Vortritt», gibt er zurück.

Ab Kilometer 32, obwohl immer wieder angefeuert von Zuschauern, ist bei mir die «Luft» weitgehend draussen. Mein suboptimales Training fordert seinen Tribut. Laufschrittphasen sind nur noch möglich, wenn es der Herrgott gut gemeint hat und der Weg leicht abwärts geht. Ansonsten kann ich für die letzten Kilometer nur noch auf meinen Willen zählen. Mein Bewegungsapparat möchte nicht mehr. Zurufe wie «Das isch doch de Fehr, los, Forza!» etc. sorgen immerhin dafür, dass ich noch einmal auf die Zähne beisse. Mein ehemaliger Bataillonskommandant Walter Bischofberger aus Winterthur hat recht: «Wer nicht trainiert ist, muss leiden!»

AUS GRENDELMEIERS «REICH DER MENSCHEN»

Widersprüche

Die Welt in ihren Widersprüchen zu ertragen, kann manchmal ganz gehörig auf den Magen schlagen.

Endlich komme ich wieder ins Altholz ob Frauenfeld und erreiche bei Kilometer 40 den Stadtrand. Gott sei Dank geht es nun mehrheitlich bergab. Im Gebiet Mätteli höre ich bereits den Ziel-Lautsprecher und die Begleit-Blasmusik. Und selbstverständlich zwinge ich mich auf den letzten 150 Metern mit letzter Willenskraft (wie jeweils beim «Bieler») noch zu einem Spurt.

Zehn Minuten später, unter der herrlichen Dusche, ist – ausser dem Muskelkater, der mich noch begleiten wird – fast alle Unbill vergessen. Aber ich schwöre mir: Ab jetzt wird regelmässig trainiert! Und das habe ich dann einigermassen auch so gehalten. Immer wieder kommt mir der Ausspruch von alt Bundesrat Rudolf Gnägi in den Sinn: «Politik ist eine beharrliche Dauerleistung!» Das gilt natürlich auch für Landstreckenläufe und den Ausdauersport und insbesondere für Waffenläufe, die leider – mit Ausnahme des Frauenfelders – fast verschwunden sind.

(Fortsetzung folgt) *Hans Fehr*

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin. Preis bis Ende 2020: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: **Unterschrift:**

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Dienstag, 18. August 2020, 19.30 Uhr
Info-Abend «Ja zur Begrenzungs-Initiative»
Mit Werner Gartenmann, Auns, und Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau
Veranstalterinnen: Auns und «Schweizerzeit»

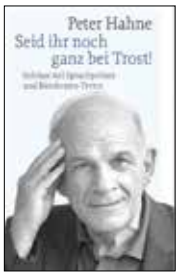
Montag, 24. August 2020, 18.30 Uhr
Brauchen wir das Christentum noch?
Oder genügt der Glaube an Fortschritt und Globalisierung?
Lesung aus dem Roman «Der letzte Feind» von Giuseppe Gracia sowie Podium mit Andreas Thiel, Satiriker; Esther Friedli, Nationalrätin SVP; Bettina Hein Göldi, Technologieunternehmerin; Giuseppe Gracia, Schriftsteller. Moderation Stefan Millius, Chefredaktor «Die Ostschweiz».
Im Pfalzkeller, Klosterhof, 9000 St. Gallen

Mittwoch, 26. August 2020, 19.15 Uhr
Das Verschwinden der Schweizer
Vortrag von Dudo Erny, Publizist
Restaurant Kleefeld, Mädergutstrasse 5, 3018 Bern
Veranstalterin: «Schweizerzeit»

Donnerstag, 27. August 2020, 19.30 Uhr
«Ja zur Schweiz»
Mutiert die Schweiz zur linksgrünen Volksrepublik?
Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Büchertisch

BESTSELLER



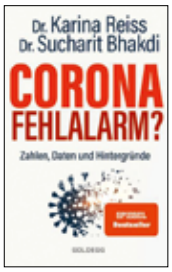
Seid ihr noch ganz bei Trost!

Schluss mit Sprachpolizei und Bürokraten-Terror

Peter Hahne
Während die Welt einer den ganzen Erdball erfassenden Wirtschaftskrise entgegentaumelt, gibt es hierzulande «Fachpersonen», die noch immer – im Dienste angeblicher Gendergerechtigkeit – Sprachpolizei zu spielen sich anmassen. Andere huldigen einem angeblichen «Klimaschutz», der für sie Religionsersatz zu sein scheint. Der Autor beschreibt nicht nur die Exzesse spitzfindiger Rechthaberei, er entlarvt entsprechende Zeiterscheinungen und deren Bürokratisierung vielmehr als das, was sie sind: Schwachsinn!

Quadriga/Bastei Lübbe, Köln 2020, 128 S., geb., (Richtpreis Fr. 17.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 16.60

AKTUELL



Corona – Fehlalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss, Dr. Sucharit Bhakdi
Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war wirklich gerechtfertigt – und was diente den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.85

George Soros

Der Multimilliardär, sein globales Netzwerk und das Ende der Welt, wie wir sie kennen

Andreas von Rétyi
Der Name George Soros ist in aller Munde – als Milliardär, der sich notorisch mit massiven Summen in die Politik einmischt. Was ist Gerücht – was ist Wahrheit? Ist, wer Zweifel am Wirken von Soros äussert, ein «Weltverschwörer»? Darüber fliessen reichlich Rede und Gegenrede. Ein interessantes Buch bringt dazu die Fakten: Zu Leben, Wirken und Haltungen des Polit-Milliardärs George Soros.

Kopp, Rottenburg 2016, 271 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 25.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.60

Der letzte Feind

Roman

Giuseppe Gracia
Ein weltanschaulich und politisch brisanter Roman erlaubt einen Blick in die Zukunft. Ein neuer Papst will das Dritte Vatikanische Konzil eröffnen. Mehrere tausend Geistliche aus aller Welt reisen nach Rom, ausnahmslos verwickelt in tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten und Richtungskämpfe. Es kommt zu Todesfällen, sogar zu einem Anschlag. Giuseppe Gracias philosophischer Thriller zwischen Technikgläubigkeit und Christentum zeigt eindrücklich: Mehr als bloss die Zukunft der Kirche steht derzeit auf dem Spiel.

Fontis, Basel 2020, 255 S., borsch., (Richtpreis Fr. 25.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.60

Vereinte Nationen gegen Israel

Wie die Uno den jüdischen Staat delegitimiert

Alex Feuerherdt, Florian Markl
Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Rahmen der Uno die Entstehung des Staates Israel durchgesetzt und legitimiert. Und Israel gelang es, sich in mehreren Kriegen gegen islamische Angreifer zu behaupten. Heute ist die Uno Haupttribüne der internationalen Polemik gegen Israel. Dies, weil jeder Staat, von dem Exponenten höhere Ämter in der Uno anstreben, nur zu genau weiss: Ohne Unterstützung der zahlreichen islamischen Staaten sind Uno-Spitzenämter nicht erreichbar. Deshalb lässt man den Uno-Machenschaften gegen Israel den Lauf. Ein neues Buch dokumentiert diese gefährliche Entwicklung.

Hentrich&Hentrich, Berlin 2018, 333 S., brosch., (Richtpreis Fr. 33.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.85

SCHWEIZ

Faszinierendes Graubünden

Roland Gerth, Iso Camartin
Graubünden – einer der vielfältigsten und faszinierendsten Kantone der Schweiz. Er bietet herrliche Natur, gleichzeitig auch höchst interessante, verschiedenartige kulturelle Höhepunkte – sowohl baulicher als auch kunsthistorischer, kirchlicher,erzählerischer, gesanglicher, musikalischer, theatralischer Natur. Ein neuer Bildband führt ein in den faszinierenden Reichtum des grössten Kantons der Schweiz.

AS-Verlag, 2019, 181 S., Grossformat, geb., reich ill., (Richtpreis Fr. 48.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 45.60

HÖRBUCH

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

Wiesenstein

Hans Pleschinski

Der Autor berichtet von den letzten Lebensmonaten des Schriftstellers Gerhart Hauptmann (1862–1946), verbracht in seinem luxuriösen Wohnsitz in Schlesien. Dort begegnet Hauptmann noch einmal den Figuren seiner Hauptwerke. Er erinnert sich, wie ihn die vermeintliche «historische Erneuerung» in der Frühphase der nationalsozialistischen Herrschaft zunächst begeistert hat. Deren Zusammenbruch erfordert dann aber unausweichlich die Auseinandersetzung mit der Tatsache gewordenen Judenverfolgung. Konfrontiert mit einmarschierenden sowjetischen Truppen und den ihnen folgenden kommunistischen Funktionären werden auch Träume von idealisiertem Sozialismus rasch weggeschwemmt.

Die Auseinandersetzung des alten Dichters, der in der von Totalitarismus geprägten ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine vielgehörte Stimme in Europa war, erfolgt in der Darstellung Pleschinskis bemerkenswert ehrlich, den Zuhörer wahrhaftig fesselnd.

Hörkultur, Kaltbrunn 2020, 3 MP3-CDs, Laufzeit 17 Std. 20 Min., (Richtpreis Fr. 49.50)
Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 47.05

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN

Der Links-Staat

Enthüllt: Die perfiden Methoden der «Antifa» und ihrer Helfershelfer in Politik und Medien

Christian Jung, Torsten Gross

Regierungsbehördlich verordnetes Meinungsdiktat greift um sich. Insbesondere den Informationen über Ausschreitungen und Gewalteruptionen in Städten wie Stuttgart und anderswo ist nicht mehr zu trauen. Weil der «Migrationshintergrund» der Täterschaft allzu oft Tatsache ist, sollen geschwurbelte Umschreibungen die Täterschaft tarnen. Dahinter verbirgt sich Regie. Regie welche von der wohlorganisierten Antifa-Bewegung mit all ihren Ablegern in Medien und Behörden ausgeht.

Das hier empfohlene Buch deckt Zusammenhänge auf, die von der veröffentlichten Meinung unangetastet bleiben. Das Buch kommt zur bestürzenden Schlussfolgerung, dass heute Linksextremismus von staatlichen Instanzen ziemlich systematisch gefördert wird – nicht nur in Deutschland.

us

Christian Jung, Torsten Gross: «Der Links-Staat – Enthüllt: Die perfiden Methoden der «Antifa» und ihrer Helfershelfer in Politik und Medien». Kopp, Rottenburg 2016, 316 S., geb., ill., (Richtpreis Fr.24.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 23.65

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

☐	Peter Hahne – Seid ihr noch ganz bei Trost!	**à Fr. 16.60**

Aktuell

☐	Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi– Corona-Fehlalarm	**à Fr. 19.85**
☐	Andreas von Rétyi – George Soros	**à Fr. 24.60**
☐	Giuseppe Gracia – Der letzte Feind	**à Fr. 24.60**
☐	A. Feuerherdt, F. Markl – Der letzte Feind	**à Fr. 31.85**

Schweiz

☐	R. Gerth, I. Camartin – Faszinierendes ...	**à Fr. 45.60**

Hörbuch

☐	Hans Pleschinski – Wiesenstein	**à Fr. 47.05**

Buchzeichen

☐	C. Jung, T. Gross – Der Links-Staat	**à Fr. 23.65**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(15/14.08.2020)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort Tel-Nr.

Datum Unterschrift

DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 14. August 2020	**Magazin**	**Südafrika, Schwarzenbach und Schweizerzeit – Stationen von alt Nationalrat Ulrich Schlüer** Hermann Lei im Gespräch mit Ulrich Schlüer
Freitag, 21. August 2020	**Magazin**	**Einwanderer-Raubzug auf die Sozialhilfe** Nationalrätin Martina Bircher und ihre Sozialhilfe-Erfahrungen
Freitag, 28. August 2020	**Stammtisch-Live**	**Masseneinwanderung: Massiver Qualitätsverlust im Schulwesen**
Freitag, 4. September 2020	**Landmann-Talk**	**Mit Umsicht zum Erfolg – Roger Liebi, Mitglied Präsidium ZKB** im Gespräch mit Valentin Landmann

Öffentliche Aufzeichnungen / Live-Sendungen im «Haus der Freiheit», Wintersberg / Ebnat-Kappel

Freitag, 28. August 2020 17.00 Uhr	**Stammtisch**	**Sendung in Planung**
Freitag, 28. August 2020 21.00 Uhr	**Stammtisch-Live**	**Masseneinwanderung: Massiver Qualitätsverlust im Schulwesen**

Die nächste «Schweizerzeit» erscheint am

28. August 2020

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG, Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten, T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

Bald fremd im eigenen Land?

«Wenn die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung jetzt nicht merkt, was es geschlagen hat, dann soll in zwanzig Jahren niemand maulen, dass die Schweiz, wie wir sie noch gekannt haben, nicht mehr existiert!»

Im Schlusswort der letzten «Schweizerzeit-Stammtisch»-Sendung brachte der Hausherr und alt Nationalrat Toni Brunner auf den Punkt, warum der Urnengang vom 27. September zur Begrenzungs-Initiative zur Schicksalsabstimmung für die freie Schweiz wird. Die SVP-Initiative, welche der unkontrollierten Zuwanderung ein Ende machen will, ist bis auf längere Zeit wohl die letzte Chance, die Zubetonierung und Überfremdung der Schweiz noch abdämpfen zu können.

Ohne Beendigung der Personenfreizügigkeit wird die 10-Millionen-Schweiz, in der die einheimischen Schweizer zur Minderheit im eigenen Land werden, nicht mehr abzuwenden sein. Dann dürfte auch die Forderung des an der Universität Basel lehrenden Soziologen Ganga Jey Aratnam, der glaubt, wir bräuchten Integrationskurse für Einheimische, um uns den Migranten anzupassen, in ein paar Jahren durchaus realistisch sein.

Für den erwähnten Soziologen ist die Schweiz infolge der vergangenen Migrationswellen bereits derart «vielfältig» geworden, dass nicht mehr zu ändern sei, dass die ethnischen Schweizer langsam zur Minderheit im eigenen Land werden. Hat der Mann etwa Recht? Immerhin verfügt laut OECD bereits heute die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler hierzulande über einen Migrationshintergrund. Auf die ganze Bevölkerung gerechnet, sind es bald 40 Prozent (inkl. Ausländer und Eingebürgerte).

Mir gibt zu denken, mit welcher Gleichgültigkeit die Bankrotterklärung eines ausländischstämmigen Soziologen im Allgemeinen hingenommen wird («Schweizerzeit»-Leser ausgenommen). Die Schweiz verliert durch unkontrollierte Zuwanderung, mediale Dauerberieselung und linkes Lobbying ihre Seele – und ein Grossteil der Leute scheint es achselzuckend hinzunehmen, dass wir uns mitten in einem Umpflügungsprozess gegenüber dem Sonderfall Schweiz befinden, der von staatlich alimentierten Soziologen bejubelt wird.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, am 27. September geht es um alles. Bleiben wir ein souveränes Land, das die Zuwanderung eigenständig steuert, oder begrüssen wir es sehenden Auges, dass die Schweiz, wie wir sie lieben, in wenigen Jahren nicht mehr dieselbe sein wird?

Anian Liebrand

Schluss Punkt